

WIR HABEN DIE KRAFT – Gemeinsam für unser Land.

Regierungsprogramm 2009 – 2013



2. Unser Weg aus der internationalen Krise

II. Für diese Politik fördern wir sechs Zukunftsprojekte besonders.

(...)

Zukunftsprojekt: Dienst am Menschen

Wir fordern mehr Wertschätzung für den Dienst am Menschen. Wir wollen Angebote für Menschen verbessern, die Hilfe und Förderung brauchen. Die demografische Entwicklung und der Wandel im Zusammenleben der Menschen in unserem Land stellen uns vor Herausforderungen, bieten aber auch neue berufliche Chancen. Wir wollen einen Dienst am Menschen, der jeden nach seinen Bedürfnissen ernst nimmt, fördert und Chancen bietet. Als Christdemokraten und Christsoziale wissen wir: Für die persönliche Ansprache und Zuwendung wird Zeit benötigt. Es ist ein Dienst an den Älteren, die Pflege benötigen, an den Kranken, denen geholfen werden muss sowie an den Jüngsten, die alle Entwicklungsmöglichkeiten bekommen müssen. Wir wollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in diesem wichtigen Feld ermöglichen: für Lehrerinnen und Lehrer, für Erzieherinnen und Erzieher, für Pflegerinnen und Pfleger, für Krankenschwestern und Krankenpfleger sowie die Ärztinnen und Ärzte. Bessere Qualifikationsangebote für Menschen, die eine Betreuung eines Angehörigen zu Hause übernommen haben, sind uns besonders wichtig.

(...)

I.5 Sozial ist, was Arbeit schafft

Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen sowie materiellem und immateriellem Wohlstand. Arbeitsteilige Gesellschaften bieten die Chance für Wohlstand und ein gutes Leben. Das Thema Arbeit ist mit Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen verbunden. Es ist die Hoffnung des Einzelnen, seinen Arbeitsplatz zu behalten, einen neuen zu finden oder Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kollegen zu erkennen. Befürchtungen in einer Krisenzeit bestehen hingegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, schwindenden Kontakten, Aufstiegs- und Beschäftigungsperspektiven sowie sinkenden Einkommen. Jetzt kommt es darauf an, auch mit kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig geht es uns um mittel- und langfristig wirkende Politik, die dazu führt, dass sich die Beschäftigungsperspektiven verbessern. CDU und CSU bekennen sich zur Tarifautonomie zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

(...)

- Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen.

Wir werden die Programme zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt konsequent fortführen.

(...)

I.6 Verlässliche Versorgung im Alter sichern

CDU und CSU haben seit 2005 erfolgreich eine Politik verfolgt, durch die der Generationenvertrag auf eine solidere Basis gestellt und die gesetzliche Rentenversicherung finanziell konsolidiert wird. Eine zukunftsfeste Altersvorsorge ruht auf den drei Säulen gesetzliche Rente sowie private und betriebliche Vorsorge. Die Altersvorsorge in Deutschland ist wieder verlässlich – nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Renteneintrittsalters. Das ist die Voraussetzung dafür, auch künftigen älteren Generationen den Lebensstandard sichern zu können. Die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch private oder betriebliche Altersvorsorge und zusätzliche Einkommen bieten auch bei geringen Renten in fast allen Fällen einen auskömmlichen Lebensunterhalt. Die Anbindung der Rente an die Lohnentwicklung wirkt der Altersarmut entgegen.

- Die gesetzliche Rentenversicherung ist das erfolgreichste Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter. Wir sind stolz darauf, dass nur wenige Menschen auf ergänzende Sozialleistungen im Alter angewiesen sind. Deshalb halten wir auch in Zukunft am bewährten gegliederten System der Alterssicherung fest. Die Erweiterung der vom Zusammenwirken von Arbeitgebern und -nehmern geprägten gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung löst die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung nicht.
- Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und demografische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut besteht. Wir werden diese Gefahr eindämmen und uns dafür stark machen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten. Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren.
- Wir werden uns auch künftig für eine Rentenentwicklung einsetzen, die den Rentnerinnen und Rentnern eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.
- Wir werden bei der Weiterentwicklung der Altersvorsorge sicherstellen, dass bestehende Gerechtigkeitslücken in der Rente geschlossen werden. Wir wollen, dass die Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigt wird.

- Die geförderte Vorsorge haben wir attraktiver und unbürokratischer gestaltet. Eine Vielzahl von Menschen nutzt deshalb diesen Weg, um private Vorsorge zu betreiben. Wir möchten, dass künftig weitere Personengruppen die staatlich geförderte Altersvorsorge in Anspruch nehmen können. Wir werden die unterschiedlichen steuerlichen Förderungen der privaten Altersvorsorge vereinfachen und von Bürokratie befreien.

I.7 Zukunftsfähige Politik für Gesundheit und Pflege

(...)

CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik von CDU und CSU stehen die Patienten und Versicherten. Gerade im Umgang mit Kranken, Älteren und Schwachen zeigt die Gesellschaft ihr soziales Gesicht und ihr Wertefundament.

(...)

Pflegeversicherung

Die von CDU und CSU 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. In der vergangenen Legislaturperiode wurden zudem erstmals die Leistungen angehoben. Dadurch ist es gelungen, mehr Zuwendung für die Betroffenen, insbesondere für Demenzkranke, mehr Qualität und Transparenz und weniger Bürokratie durchzusetzen. Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Wir wissen, dass dafür Zeit für die persönliche Ansprache und Zuwendung notwendig sind.

- Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine umfassende soziale Absicherung ist unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.
- Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. Wir wollen mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung. Die Pflegebedürftigen sollen die sie betreffenden Entscheidungen soweit wie möglich selbst treffen können. Die daraus folgenden notwendigen Maßnahmen werden von uns am Beginn der Legislaturperiode in Angriff genommen.

- Die Arbeit der Kranken- und Altenpflege muss attraktiver werden und zur Professionalisierung der Pflege beitragen. Im Rahmen der Reform der Pflegeversicherung haben wir deshalb den Beruf der Kranken- und Altenpfleger gestärkt. Nun können mehr Leistungen eigenverantwortlich übernommen werden. Zukünftig können zum Teil auch ärztliche Tätigkeiten auf das Pflegepersonal übertragen werden.
- Wir achten die Leistung pflegender Angehöriger und wollen die Pflege in der Familie stärken. Wir wollen die Pflege- und Betreuungsqualität älterer Menschen und die Vereinbarkeit von beruflichen Tätigkeiten und privater Pflege verbessern. Die Unternehmen sollen motiviert werden, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen. Dazu sollen auch Kooperationen der Unternehmen mit Tagespflegeeinrichtungen angestoßen und organisiert werden. Wir wollen Pflegestützpunkte als Anlaufstellen für Angehörige qualifizieren. Wir werden die bereits bestehenden Netzwerke wie z. B. „Erfolgsfaktor Familie“, „Lokale Bündnisse“ und Mehrgenerationenhäuser für die Unternehmen nutzbar machen.

(...)

II.1 Miteinander solidarisch handeln

Für CDU und CSU ist der Zusammenhalt der Generationen eines der entscheidenden gesellschaftspolitischen Ziele. Die großen Herausforderungen zur Gestaltung einer guten Zukunft können wir nur gemeinsam meistern. Die gestiegene Lebenserwartung in unserem Land eröffnet neue Chancen für eine aktive Lebensphase der Älteren. Wir achten die Leistung der Generationen, die Deutschland nach Krieg und Diktatur neu aufgebaut haben. Sie haben in Deutschland Freiheit und Demokratie und einen für frühere Generationen unvorstellbaren Wohlstand geschaffen. Wir begrüßen die Vielfalt, in der Ältere ihr Leben heute gestalten. Dadurch werden letztlich neue Vorstellungen vom Alter als positiven Lebensabschnitt geprägt. Die Vorstellungen müssen fester Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik werden. Wir begrüßen die Bereitschaft der jungen Generation, sich den gewachsenen beruflichen Anforderungen in einer Wissensgesellschaft zu stellen und dabei Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Wir unterstützen den Wunsch der jüngeren Generation, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Bedingt durch den demografischen Wandel sieht sich die junge Generation verstärkt finanziellen Belastungen ausgesetzt. In der Arbeitswelt besteht der Trend weg von langfristigen Beschäftigungsmustern hin zu flexibleren Formen der Beschäftigung. Dadurch entsteht verstärkt Unsicherheit für die Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden die veränderten Lebensläufe stärker berücksichtigen. Junge Menschen brauchen die Zuversicht, dass sie in der Familienphase nicht überfordert werden.

- Wir lehnen jegliche Form der Altersdiskriminierung ab. Wir setzen uns für eine vorurteilsfreie Prüfung bestehender Altersgrenzen, beispielsweise bei öffentlich bestellten Gutachtern, bei ehrenamtlichen Schöffen oder bei Professoren, ein. Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, faktische Altersgrenzen in den Köpfen und im Handeln einzureißen.
- Wir wollen generationenübergreifende Projekte ermöglichen und für sinnvolle Teilhabe-, Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Älteren nach ihrer aktiven Berufstätigkeit sorgen. Kirchen, Bürgerstiftungen, Verbände und Wirtschaft können bei der Schaffung eines ehrenamtlichen Netzwerkes zur Familienunterstützung wichtige Arbeit leisten. Wir begrüßen und fördern auch die Initiative von Älteren, sich zu Netzwerken und Freiwilligenagenturen zusammenzuschließen, um ihre Lebens- und Berufserfahrung weiterzugeben. Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen soll das flexible, für alle Altersgruppen geöffnete Dienstangebot Schritt für Schritt bundesweit flächendeckend umgesetzt und mit den Strukturen vor Ort vernetzt werden.
- Der Zusammenhalt der Generationen erwächst aus der Weitergabe von Lebenserfahrung, aus Toleranz und vor allem aus praktischer Hilfe der Generationen füreinander. Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander und den Austausch der Generationen und schaffen ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen.
- Wir wollen die lokale Kooperation von Alzheimergesellschaften ausbauen, um die Enttabuisierung des Themas Demenz zu erreichen und damit die betroffenen Familien in die Mitte der Gesellschaft zu holen.
- Wir wollen neue Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen ausbauen und fördern. Für alle, ob Jung oder Alt, die nicht fit und beweglich sind, müssen wir die Lebensumwelt barrierefrei gestalten. Dies betrifft beispielsweise die Stadtplanung, den Zugang zu öffentlichen Gebäuden oder zu öffentlichen Verkehrsmitteln.

(...)

III.5 Unsere Städte – weltoffen und lebenswert

Städte sind Schnittpunkte der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind Experimentierfelder für Innovation und Fortschritt ebenso wie bevorzugte Ziele der Zuwanderung. Sozialer Zusammenhalt und Integration sind in besonderem Maße Herausforderungen für lebenswerte Städte. Sie müssen in gleichem Maße offen und attraktiv sein für alle – für junge Familien und Ältere. Architektur und Stadtplanung müssen sich diesen Zielen verpflichtet fühlen. Attraktiv macht unsere Städte ihr vielfältiges kulturelles Angebot. Städte müssen vor allem auch

hochqualifizierten Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft Raum geben. Sie treten damit in einen internationalen Wettbewerb und müssen diesen als Chance begreifen.

(...)

Lebenswerte Städte brauchen eine verlässliche Perspektive für den demografischen Wandel. Um ein attraktives Stadtumfeld und eine zuverlässige Infrastruktur zu sichern, wollen wir den Stadtbau als eine wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten Angeboten gestalten. Hierzu zählen insbesondere ein kinder- und familienfreundliches Wohnumfeld und Angebote für barrierefreies Wohnen. Hinzu kommen auch neuen Wohnformen für die ältere Generation. Chancen auf Wohneigentum erhöhen die Verbundenheit mit der eigenen Stadt. Dazu gehört auch, die öffentlichen Räume sicher, lebendiger und für die Menschen benutzbar zu gestalten.

IV.1 Freiheit und Sicherheit für die Bürger

Deutschlands Sicherheitsbehörden leisten hervorragende Arbeit und genießen bei den Bürgern ein hohes Maß an Vertrauen. Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. Terrorismus und organisierte Kriminalität gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Widerspruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den höchsten Werten, die unser Grundgesetz prägen. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Darauf müssen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren.

(...)

- CDU und CSU setzen Vertrauen in Polizei und Justiz. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Bürger, gerade auch der älteren Bürger. Um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Kriminalität, Gewalt und Terror zu erzielen, muss die Polizei personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, handlungsfähig sein. Unser Ziel ist es daher, als Bund unseren Beitrag für einen zeitgemäßen Technologiestandard für ganz Deutschland zu leisten. Dafür wollen wir Sorge tragen.